

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Abends nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Vorkauf zahlen die deutschen Postämter den üblichen Postzuschlag. Einzelhefte kosten 3 Pf. Bestellungen, Abos. und Anzeigen nehmen wir entgegen. Einzelhefte kosten 3 Pf. Bestellungen, Abos. und Anzeigen nehmen wir entgegen. Einzelhefte kosten 3 Pf. Bestellungen, Abos. und Anzeigen nehmen wir entgegen.

Die Jahrgangspostensampsonenliste über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das Jahrgangspostensampsonenblatt kostet 2.— M., jedes weitere Blatt 1,00 M., einschließlich Anzeigen. Große Anzeigen: Das Jahrgangspostensampsonenblatt kostet 2.— M., jedes weitere Blatt 1,00 M., einschließlich Anzeigen. Große Anzeigen: Das Jahrgangspostensampsonenblatt kostet 2.— M., jedes weitere Blatt 1,00 M., einschließlich Anzeigen.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Mahnung an die Regierung

Die Note der Reparationskommission

Die im heutigen Morgenblatt der „Freiheit“ angekündigte Mitteilung der Reparationskommission an die deutsche Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission erinnert die Deutsche Regierung an die mündlichen Erklärungen, die sie dem Reichskanzler am 12. März 1920 in Berlin abgegeben hatte, und die, kurz wiederholt, folgende sind:

1. Nachdem die Reparationskommission von den Arbeiten des Garantienausschusses Kenntnis genommen und die von dem Reichskanzler gegebenen Erklärungen sowie die seiner Vertreter bezüglich der Maßnahmen, die die Deutsche Regierung vorgenommen hat oder vorzunehmen gedenkt, um die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen sicherzustellen, angehört hat, besteht sie ausdrücklich bei der Deutschen Regierung darauf, daß letztere alle ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am Verfallstage sicherzustellen. Die Deutsche Regierung möchte die schweren Folgen bedenken, die notwendigerweise daraus für Deutschland entstehen, wenn es am Fälligkeitstage seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die Deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Besitz im Ausland haben, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten.

2. Die Reparationskommission ist überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die der Deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit der neuerlichen Baisse des Kurswertes der Mark

verknüpft sind und einen mehr finanziellen als wirtschaftlichen Charakter darstellen; sie sind in hohem Maße durch die Tatsache bedingt, daß die Deutsche Regierung es versäumt hat, beliebigen die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumsatzes, die die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden.

Die Reparationskommission fordert die Deutsche Regierung dringend auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Gesundung der Finanzlage zu ergreifen.

gej. Dubois, Brabury.

Unabhängig von den Verhandlungen in London macht also die Reparationskommission die Deutsche Regierung darauf aufmerksam, daß die Zahlungen am 15. Januar und am 15. Februar erfolgen müssen. Die Deutsche Regierung hat nunmehr die Pflicht, ohne Rücksicht darauf, welche Hoffnungen sie auf die Beratungen in London setzt, alles zu tun, damit die Zahlungen geleistet werden können. Ob Deutschland ein Moratorium gewährt wird oder ob die Auslandsanleihe zustande kommt, spielt vorläufig nur eine untergeordnete Rolle; die Hauptsache bleibt, daß die besitzenden Klassen in Deutschland endlich in vollem Umfange zur Steuerleistung herangezogen werden und daß die Regierung mit der Erfassung der Sachwerte ernst macht. Die Note der Reparationskommission muß sie veranlassen, alles Zögern beiseite zu lassen und endlich das zu tun, was die Not der Stunde erfordert.

Die Vertreter der Sinnfeiner haben heute vormittag London verlassen. Sie werden die Friedensvorschläge der englischen Regierung nach Dublin überbringen.

Briand wieder in Paris

Der französische Ministerpräsident Briand ist von der Konferenz in Washington nach Frankreich zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft in Le Havre wurde er von einigen Ministern empfangen. Der Abg. Siegfried hielt die Willkommensrede. Ihm antwortete Briand in längerer Rede, in der er im wesentlichen wiederholte, was er über die deutsche Gefahr bereits in seiner Washingtoner Rede gesagt hat.

Bei seiner Ankunft in Paris erklärte Briand einem Havas-Vertreter, Frankreich sei bereit, jedem Vorschlag zur Beschränkung der Rüstungen zuzustimmen. Es verlange aber als Gegenleistung greifbare Bürgschaften.

Die Lage in Wien

(Zitel.) Wien, 3. Dezember.

Wegen der Teuerungskrawalle wurden außer den bereits gemeldeten Hausdurchsuchungen auch in den Räumen der Kofka sowie in den Wohnungen führender Mitglieder der kommunistischen Partei Hausdurchsuchungen vorgenommen. Alle in Wien befindlichen ausländischen Kommunisten, deren die Polizei habhaft werden konnte, wurden verhaftet. Auch der leitende Redakteur der kommunistischen „Roten Fahne“, Viktor Stegner, wurde in Haft genommen, am Abend jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gestern abend tagte der Kreisarbeiterrat von Wien, in dem für die Sozialdemokraten Friedrich Adler und Otto Bauer, für die Kommunisten Thoman, Friedländer und Frey sprachen. Ein Antrag der Kommunisten auf Freilassung der verhafteten jugoslawischen Kommunisten sowie der anschließend der Vorkommisse des vorherigen Tages verfaßten wurde einstimmig angenommen. Ebenso fanden die Forderungen der Floridsborfer Arbeiterchaft einstimmige Annahme. Dagegen wurde ein Antrag der Kommunisten, wonach der Regierung ein 14 tägiges Ultimatum zur Erfüllung der aufgestellten Forderungen gestellt und nach dessen Ablauf die Arbeiterchaft zur Massenaktion aufgerufen werden sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die wirtschaftlichen Forderungen wurden zur weiteren Bearbeitung der Wirtschaftskommission zugewiesen.

Gestern nachmittag trat ein Ministerrat zusammen, der sich mit den von der Regierung angeordneten Sicherheitsmaßnahmen beschäftigte und diese billigte. In der Nationalversammlung wurde eine Besprechung der Vorgänge auf Anregung der Sozialdemokraten abgehalten. Aus dem westungarischen Gebiet sind einige Kompanien Reichswehr in voller Ausrüstung in Wien angekommen. Die öffentlichen Gebäude stehen unter militärischem Schutz. Zu Ruhestörungen ist es nirgends mehr gekommen.

Am 1. ist gemeldet, daß der zur Krönung der Frage der staatlichen Lebensmittelmittel eingesezte Ausschuss aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern seine Tätigkeit zum Abschluß gebracht hat. Das Ergebnis ist eine grundsätzliche Einigung in allen die technische Durchführung des bereits früher mitgeteilten Planes betreffenden Fragen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich in den letzten Woche 27994. Sie beträgt jetzt 1 322 400.

Gewerkschaften und Staat

Über dieses Thema veröffentlicht der Genosse Richard Selbet in Nr. 12 des „Mitteilungsblattes des Allgemeinen freien Arbeiterbundes“ einen Aufsatz. Die Redaktion des Mitteilungsblattes will durch den Abdruck des Artikels die mit diesem Thema zusammenhängenden Fragen in der Arbeiterpresse zur Diskussion stellen. Zu diesem Zweck vertritt auch der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ einen Auszug aus dem Artikel, den wir nachfolgend abdrucken.

In seinem ersten Teil schildert der Artikel die Grundzüge der ökonomischen Ordnung und gesellschaftlichen Verfassung der kapitalistischen Epoche und des bürgerlichen Staates und ihren Gegensatz zum Sein und Wollen der Gewerkschaftsbewegung als Klassenorganisation des Proletariats. Die Darstellung dieses Gegensatzes spitzt der Verfasser zu folgendem Satz zu:

Bürgerium und Staatsgewalt empfinden die Gewerkschaftsbewegung als Fremdkörper im Staate, als eigene und selbständige Macht mit eigenen Gesetzen und besonderem Recht, als eine Macht, die bei freier Entfaltung schließlich stärker zu werden droht als die Staatsmacht selbst.

Der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und bürgerlicher Staatsgewalt und Gewerkschaftsbewegung, die sich aus diesem Gegensatz ergebende Situation und das bisherige Ergebnis des Ringens der Gewerkschaften um Geltung und Einfluß als selbständige gewerkschaftliche Macht werden in den folgenden Abschnitten des Artikels eingehend betrachtet. In den entscheidenden Absätzen dieses Teiles der Arbeit macht der Verfasser folgende Darlegungen:

Die Gewerkschaften wollen den Schutz und die Pflege der Arbeitskraft, sie wollen von vornherein die Begrenzung der kapitalistischen Freiheit. Schutz und Pflege der Arbeitskraft ist aber nicht allein durch besseren Lohn und Arbeiterschutz zu erreichen.

Der Schutz der Arbeitskraft als Zweck der Gewerkschaftsbewegung, des großen Stromes eines einzigen Willens von Millionen, kann nicht den kleinen Sinn des Schutzes der Gesundheit und der Förderung des Wohlergehens des einzelnen Arbeitnehmers haben. In diesem großen Zusammenhang kann die Arbeitskraft nur als der wertvolle Besitz der Gesamtheit gewertet werden. Darum gebührt der Schutz der Gesamtheit. Schutz der Arbeitskraft in diesem Sinne ist also rationelle Nahrung und planmäßige Anwendung dieses kostbaren Gutes, dieser wichtigsten und empfindlichsten aller der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Produktivkräfte zum Vorteil der Gesellschaft. Schutz der Arbeitskraft als Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist letzten Endes Gemeinwirtschaft, Aufhebung des Lohnsystems, Ende des Kapitalismus. Es ist kein Zufall, kein Erzeugnis demagogischer Verheerung, sondern eine Unabwehrbarkeit, daß die Gewerkschaften an der Seite der sozialistischen Parteien stehen.

Darum werden sie von der bürgerlichen Gesellschaft als feindliche Macht empfunden, als Staat im Staate. Wie gesagt, mit Recht. Bei aller Wägung der Bewegung zeigte es sich immer wieder, daß die Gewerkschaften über den Rahmen der Gesetzmäßigkeit des bürgerlichen Staates hinausstreben müssen. Sie fordern eine besondere Arbeitsgesetzlichkeit und sie schaffen in den Tarifverträgen eigene Gesetze von entscheidender Bedeutung. Sie sträuben sich immer wieder dagegen, daß das herkömmliche bürgerliche Recht auf sie angewandt wird, sie müssen die Erwerbung der Eigenschaft von juristischen Personen vermeiden, um nicht dem bürgerlichen Recht anheimzufallen. Sie umgeben sich völlig mit einer eigenen, ihrem besonderen Sein entsprechenden Rechtsatmosphäre und erfüllen sich immer mehr mit eigenen ökonomischen und sozialen Ideen. Diese Absonderung hat die Gewerkschaftsbewegung an der Entwicklung ihrer Eigenart als völlig neue gesellschaftliche Macht nicht nur nicht gehindert, sondern sie hat eine solche innere Entwicklung zu selbständigem geistigen und gesellschaftlichen Sein sogar gefördert. Kurz: die Gewerkschaften haben sich in harter Arbeit an sich selbst und im Kampfe mit der bürgerlichen Welt zu autonomen gesellschaftlichen Körpern emporgearbeitet, die neben dem Staate und seinen politischen und Rechtsinstitutionen als selbständige, nur ihren eigenen Gesetzen gehörende Macht bestehen.

Darum hat die bürgerliche Gesellschaft sie bekämpft. Sie vermochte sie nicht zu unterdrücken, aber sie verweigerte den Gewerkschaften ihre Anerkennung.

Die Novemberrevolution aber hat das Eis gebrochen. Sie hat eine Reihe von Verfassungsbestimmungen und Gesetzen veranlaßt, in denen nun die Anerkennung der Gewerkschaften als autonome gesellschaftliche Macht durch den Staat ausgesprochen ist.

Das ist der tiefere und wahrhaft revolutionäre Sinn der Wendung in der Stellung der Gewerkschaften als gesellschaftlichen Macht, von der wir ausgegangen sind.

Diese Anerkennung der Gewerkschaften durch die Staatsgewalt kommt zum Ausdruck darin, daß die von den Gewerkschaften als Privatverträge geschaffenen Arbeitsvertragsgesetze, die Tarifverträge, gesetzliche Kraft erlangen durch Verbindlichkeitserklärung und Unabhängigkeit. Sie kommt ferner zum Ausdruck durch die Ausstattung von Organen der Gewerkschaften, als welche wir die Betriebsräte erkennen müssen, mit gesetzlichen Befugnissen, und nicht minder durch die Entsendung unmittelbarer Vertreter der Gewerkschaften in bestimmte Organe der Staatsverwaltung, in die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat. Und kein Arbeitsgesetz, keine Besatzungsordnung, kein Schritt in das Reich des neuen Arbeit-

Die Pachtverträge in China

China fordert die Beseitigung der Pachtverträge

Havas. Washington, 2. Dezember.

Der Ausschuss für den ferneren Osten hat heute vormittag die Frage der chinesischen Pachtgebiete erörtert. Die Diskussion konzentrierte sich auf eine von der chinesischen Delegation eingereichte Denkschrift, in der der chinesische Standpunkt folgendermaßen dargelegt wird:

1. Die Initiative bei der Forderung von Pachtgebieten in China sei auf Deutschland zurückzuführen; sie gleicht einem Straßenraub. Diese Initiative hat zu einem Kampf um Konzessionen und Interessenzonen geführt und beinahe zur Zerschmetterung Chinas sowie zu der unglückseligen Episode des Vorrückens der Russen. Diese ungerechte Politik hat zu ungerechten Ergebnissen geführt.

2. Alle Pachtgebiete wurden ursprünglich verlangt, um ausländischen Mächten strategische Stützpunkte zur See zu gewähren.

3. Sie stellten erste Eingriffe in die territoriale und administrative Integrität Chinas dar. Sie wurden bewilligt nicht als Ergebnis des Krieges, in dem China besieg worden war, sondern in Friedenszeiten und unter Umständen, die einem gewalttätigen Zweck gleichkamen.

4. Da die Konzessionsgebiete strategische Punkte bilden, tragen sie tatsächlich zur militärischen Schwächung Chinas bei.

5. Sie liefern Vorwände für militärische Operationen auf chinesischem Gebiet unter Verletzung seiner Neutralitätsrechte. Daß Rußland das Gebiet von Schantung in Pacht genommen hatte, war eine der Ursachen, die zum russisch-japanischen Kriege geführt haben. Diese Operationen fanden vollständig auf chinesischem Boden statt. Die Verletzung von Kwantung durch Deutschland verursachte 1914 die Ausdehnung des Krieges bis in den fernsten Osten und die Verletzung der chinesischen Neutralität durch Japan, welches seinerzeit die Schantungfrage geschaffen hat, die seither zu vielen Zwistigkeiten geführt hat.

Infolgedessen wünscht China 1. daß von der Konferenz Maßnahmen getroffen werden bezüglich der Annulierung und der schnellen Beseitigung dieser Pachtverträge; 2. daß bis zu ihrer Beseitigung die Gebiete entmilitarisiert und von ihren Befestigungsanlagen befreit werden. Die eingeborene Bevölkerung wird sie nicht für militärische Zwecke oder als Marinestützpunkte benutzen; 3. die in dem Pachtgebiet gelegentlich erworbenen Eigentumsrechte werden geachtet werden.

Die neuen Vorschläge für Irland

London, 2. Dezember.

Nach dem Entwurf des Kabinetts bezüglich der Regelung der irischen Frage sollen, wie verlautet, 25 irische Grafschaften in Süden und Westen Pomerale (Selbstverwaltung) erlangen. Ein Ausschuss soll mit der Aufgabe betraut werden, Bestimmungen der Grenze von Nord- und Südirland vorzunehmen.

Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei Henderson sagte in einer Rede: Südirland hat Zugeständnisse gemacht, Ulster will keine machen. Sollen wir einen neuen Krieg haben, weil Ulster die Opfer, die die Lage erfordert, nicht bringen will? Am Schlusse seiner Rede sagte Henderson, man müsse hoffen, daß Ulster im letzten Augenblicke doch noch die Möglichkeit sich zu eigen machen werde, die das Interesse der Allgemeinheit erfordert.

rechts kann gesehen, ohne daß die Gewerkschaften zuvor befragt werden.

Die Gewerkschaften beginnen also damit, als geschlossen organisierte gesellschaftliche Macht ihre eigene, ihrem inneren Wesen und Daseinszweck entsprechende Gesetzmäßigkeit zur allgemeinen Geltung zu bringen. Sie treten als anerkannter und gleichberechtigter gesellschaftlicher Machtfaktor neben die übrigen Machtfaktoren der Organisation der Gesellschaft, des Staates, neben Regierung, Parlament, Justiz und Verwaltung, und sie wirken mitbestimmend ein auf die Gestaltung von Gesetz und Recht. Sie müssen sogar — mit der Zeit — bei alledem weit stärker wirken als die überkommenen Formen gesellschaftlicher Organisation, weil sie das blutige Wesen einer lebendigen gesellschaftlichen Macht ganz unvermittelt und unmittelbar zur Geltung bringen. Und wo Regierung, Parlament und Verwaltung allein schmächtig verfohlen, da stehen sie unerschütterlich und werfen die ganze Macht ihrer organisierten Macht in die Waagschale, um dem gesellschaftlichen Leben Rückhalt zu geben und das Chaos abzuwenden, wie es beim Kapp-Putsch und bei anderen Anlässen geschehen ist, wo die Gewerkschaften mit ihren Forderungen hervorgetreten sind.

Die Gewerkschaften werden darum kämpfen müssen, daß weitere Neuerungen ihres eigenen Willens, immer größerer Bestandteile ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit zu anerkannten Maximen des organisierten gesellschaftlichen Lebens, zu Staatsgesetzen erhoben werden.

Die Widerstände gegen die Entfaltung solcher Macht der Gewerkschaften sind keineswegs überwunden. Sie sind in jüngster Zeit sogar wieder sehr erstarkt.

Der Artikel schließt mit folgendem Absatz: „Führende und Massen müssen den Weg deutlich erkennen. Es ist der Weg zur vollen Autonomie der in den Gewerkschaften organisierten gesellschaftlichen Macht, der Aufstieg der Gewerkschaften zum mitbestimmenden Teil des Staates und der Staatsmacht. Darin liegt der Schlüssel zur gegenwärtig angebahnten Umgruppierung der gesellschaftlichen Mächte überhaupt, die schließlich und endlich zum Sozialismus führt. Darin liegt der Maßstab zur Bewertung jeder einzelnen gesellschaftlichen Maßnahme, insbesondere aller Gesetze, die das neue soziale und Arbeitsrecht, die neue, in der Richtung auf die Gemeinwirtschaft sich entwickelnde Wirtschaftspolitik betreffen. Als Fortschritt können solche Gesetze nur dann gelten, wenn sie die Organisationen der Arbeiterklasse auf ihrem Wege zur entscheidenden Höhe fördern können.“

Klarheit

Klarheit fordert die „Rote Fahne“. Sie beschäftigt sich mit unserem Artikel über die Antwort der Gewerkschaften und die Haltung der K. P. D. dazu. Sie hat mancherlei gegen den Artikel einzuwenden, was uns indes belanglos erscheint. Dann schreibt sie:

Die Frage muß also klar so gestellt werden: Entweder Beginn der Aktion für die Erfassung der Sachwerte und sofortiger Anbruch der Beteiligung an der Kreditaktion; oder weitere Beteiligung an der Kreditaktion und Sabotage der Sachwertaktion. Die Unabhängige Partei muß sich klar entscheiden, ob sie das eine oder das andere will. Sie muß verlangen, daß die Beteiligung an der Kreditaktion abgebrochen wird oder sie macht sich mitschuldig an der Verschleppung der Sachwertaktion.

Darauf erwartet die Arbeiterschaft klare Antwort. Die Unabhängige Partei hat sich schon klar entschieden. Sie hat die Erfassung der Sachwerte schon gefordert, als diese Forderung von den Kommunisten noch als reformistischer Trick abgetan wurde. Heute ist die Erfassung der Sachwerte die revolutionäre Forderung der K. P. D. Sollte da die „Rote Fahne“ den Bedarf an Klarheit nicht zunächst bei der eigenen Partei zu decken suchen, bevor sie andere mit dummen Fragen belästigt?

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat ferner alles getan, um die Organisation der Arbeiterklasse zum Kampfe um diese Forderungen zu vereinen. Dabei hat sie immer wieder herausgestellt, daß die K. P. D. ein unzuverlässiger und darum ungeeigneter Bundesgenosse ist. Ihr Bestreben geht allein darauf, die Front der Arbeiterklasse immer

wieder zu spalten durch unnütze Parolen und mit Gewalt herbeigezogene „Aktionen“, die, wo sie Tatsache würden, immer wieder zu Niederlagen der Arbeiter führten. Der puschliche Charakter der Taktik der K. P. D.-Zentrale ist besonders durch die jüngsten Enthüllungen restlos erwiesen worden. Und wiederum haben wir uns klar entschieden: mit den Cherleins und Konforten gibt es keine Gemeinschaft! In dieser Entscheidung werden alle dummen Anrempelungen der „Roten Fahne“ nichts ändern.

In dem gleichen Artikel, dem wir das obige Zitat entnehmen, erinnert die „Rote Fahne“ selbst an eines der zahlreichen Merkmale für die Unzuverlässigkeit ihrer Partei. Sie schreibt:

Die Kommunistische Partei ihrerseits hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Aktion will und daß sie keinerlei Nebenabsicht dabei verfolgt. Sie hat wiederholt ausgesprochen, daß sie eine Arbeiterregierung als das politische Mittel betrachtet, um dieses Ziel zu erreichen und daß sie bereit ist, ihr Zustandekommen rückhaltlos zu unterstützen.

Jedermann erinnert sich, daß die K. P. D. jüngst eine Aktion zur Erringung einer Arbeiterregierung anregte. Als unsere Genossen auf die vorgelegten Beratungen eingingen, stellte sich heraus, wie es gemeint war. Eine Arbeiterregierung sollte auf Anregung der K. P. D. gebildet werden, die K. P. D. selbst aber wollte dieser Regierung fernbleiben, wollte die Hände frei behalten, um ihr verantwortungsloses Treiben auch einer sozialistischen Regierung gegenüber fortsetzen zu können.

Und diese Gesellschaft wagt es, von anderen „klare Entscheidungen“ zu fordern.

Die aufgelösten Banden

Wie auch wir berichtet haben, hat der Reichsminister des Innern die noch bestehenden sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“ ehemaliger Soldaten aus der großen Zeit der „Freischaren“ aufgelöst. Die gleichfalls davon betroffene „Arbeitsgemeinschaft Rostock“ veröffentlicht jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Aufruf an ihre Genossen. Es wird dort von neuem die unwahre Behauptung aufgestellt, die Arbeitsgemeinschaft habe nur wirtschaftliche Zwecke für ihre Mitglieder verfolgt. Es sei verprochen worden, besondere Maßnahmen einzuleiten, die eine wirtschaftliche Schädigung der Mitglieder durch die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften verhindern sollen. Bisher sei indes in diesem Punkte nichts zu Gunsten der Mitglieder geschehen. Dann fährt dieser Aufruf fort:

Seit Bestehen der Arbeitsgemeinschaften versuchten „freischaren“ infizierte Behörden und ordnungsfremde Spione mit allen Mitteln den Nachweis zu erbringen, daß wir „militärische Organisation“ sind. Trotz aller Mühegabe und trotzdem man kein noch so ausgefallenes Mittel scheute, gelang dieser Beweis nicht. Weder die ständige häßlichen Hausdurchsuchungen noch der ständige Spionendienst der Linksradikalen konnte das Material dazu beibringen. Da griff man zum letzten Mittel: Die „Internationalisten“ in Deutschland gingen zu ihrem mächtigen Freunde, zu Frankreich, und holten sich dort Hilfe.

Nach am Grabe also pflanzen diese Gesellen das Banner der Verleumdung auf. Wie sie gelebt haben, so sterben sie: mit einem Fluch gegen die Republik und die republikanische Ordnung auf den Lippen, die sie angeblich führen wollten. Damit wird dieser Aufruf zu einer neuen Rechtfertigung der Auflösung dieser Banden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ regt sich besonders darüber auf, daß die Gesamtheit nicht längst für umfassende Maßnahmen zur Fürsorge für diese Schädlinge am Körper der Republik gesorgt hat. Das Blatt wagt sogar eine Drohung auszusprechen, indem es darauf hinweist, „wie leicht gefährlicher Zündstoff geschaffen wird, wenn man Existenzgrundlagen in solchem Ausmaß vernichtet, wie es hier der Fall ist“. Das soll wohl heißen, daß sich die Rostocker die soziale Fürsorge, auf die sie einen Anspruch zu haben glauben, mit Hilfe von Handgranaten und ähn-

lichen Gerüststoffen verschaffen werden, falls sie ihnen nicht freiwillig zuteil wird.

Wir wüßten allerdings nicht, welche besondere Fürsorge für die Marodeure der Kaiserlich-Ludendorffschen Armee zu rechtfertigen wäre. Sofern diese Leute Reue und Fähigkeit für einen anständigen Beruf haben, mögen sie sich — wie jeder andere Arbeiter, dem durch den Wahnfinn der kapitalistischen Ordnung jeden Augenblick die Existenzgrundlage vernichtet wird — bei den Arbeitssuchenden einfinden, sich arbeitslos melden und Erwerbslosenunterstützung zu erlangen suchen. Es wird dann in jedem einzelnen Falle — gleichfalls wie bei jedem anderen Arbeiter — geprüft werden, ob sie als Einzelne Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Als Gesamtheit haben sie keinerlei Anspruch auf eine besondere Fürsorge.

Ein französisches Urteil

Um die Erstgeng der Deutschen Werke

Der Sonderberichterstatter des „Peuple“, des Organs der französischen Gewerkschaftenverbände, der die Delegation der Genet Arbeiterkonferenz durch Deutschland begleitet, schreibt seinem Blatte, man nehme von diesem Besuche die Überzeugung mit, daß es zur Zeit unmöglich sei, in Spandau für militärische Zwecke zu produzieren. Man habe dort wie anderwärts nicht nur die gesamte Ausrüstung zur Herstellung großer Materials und alle für die frühere Produktion geschaffenen Einrichtungen zerstört, sondern auch alle Maschinen, die der Fabrikation von Waffen und Munition dienlich gemacht werden könnten, ohne von vornherein ausschließlich dafür geeignet zu sein. Die Deutschen Werke, fährt der Berichterstatter fort, wünschten ihre Einrichtung abzuändern und zu erneuern, die interalliierte Militärtariffkommission lehne das ab. Man könne sich wohl die Gründe vorstellen, die sie zu einer solchen Haltung veranlassen, indessen begreife man schwer, warum sie den kaufmännischen, rationalen Betrieb eines Unternehmens unmöglich mache, zu dessen Bestehen sie im Prinzip die Erlaubnis gegeben haben.

Der Berichterstatter schreibt weiter über die Haltung der Arbeiterschaft in den Betrieben, die die Delegation besucht hat. Alle, sagt der Berichterstatter, hätten die gleiche Sprache geführt, welcher Partei sie auch angehörten. Alle hätten sie den gleichen Willen entschieden zum Ausdruck gebracht, sich der Wiederaufnahme der ehemaligen Rüstungsproduktion zu widersetzen. Alle, die Kommunisten so gut wie die anderen, hätten aber auch gegen die Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission protestiert. Wenn es wahr sei, fährt der Berichterstatter fort, daß die Großindustrie den Bedarf moderner Armeen und eines juchbaren Materialkrieges jederzeit liefern könne, so könne es nur eine Alternative geben: entweder verbiete man, jede industrielle Entwicklung oder man luche bei denjenigen, die an dieser Tätigkeit beteiligt seien, die Garantie dafür, daß sie nicht mehr in den Dienst des Willens zum Krieg gestellt werde. Die erstere Hypothese sei unannehmbar. Gewiß würde man im Frankreich ohne viel Mühe Leute finden, die demassen vom Lieberpatriotismus besessen seien, daß sie etwas derartiges verlangen würden, habe doch der „Temps“ erst neulich gefordert, daß die deutsche chemische Industrie unterdrückt werde, weil sie der Fabrikation von Explosivstoffen dienlich gemacht werden könne. Aber diese Ansicht des großen kapitalistischen Organs, des Sprachrohres des französischen Gewerkschaftertums, das vom Comité des forges (der Eisenindustrie) inspiriert sei, diesem Komitee, das nicht geögert habe, die ganze lothringische Metallindustrie zu demolieren, könne weder überreden, noch Einbruch machen. Man könne unmöglich annehmen, daß im gegenwärtigen Zustand der Welt auf die deutsche Industrieproduktion verzichtet werden könne, wie es auch absurd sei, einem Volk von Arbeitern die Möglichkeit zum Leben zu nehmen.

Befichtigung der Krupp-Werke

Essen, 2. Dezember.

Die Kommissionsmitglieder der Internationalen Arbeiterversammlungen in Genf besichtigten heute unter Führung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Wiffel die Krupp'sche Gussstahlfabrik. Die Kommissionsmitglieder fanden Gelegenheit sich davon zu überzeugen, daß die zur Erzeugung von Kriegsgeschütz vorhandenen Werkzeuge, Maschinen, Werkzeuge und Einrichtungen zerstört oder umgearbeitet worden sind. Die zerstörten Maschinen und Einrichtungen stellen im Gewicht 27 000 Tonnen dar; ihr Wert würde, wenn sie heute wiederhergestellt werden sollten, 800 Millionen betragen.

Der proletarische Sprechchor

Von Albert Florath,
Mitglied des Staatlichen Schauspielhauses

Bei einem Generalstreik mit entscheidenden Zielen wird durch das noch so totale Abstellen aller Werttagsgeräusche allein nichts geschafft. Die Massen müssen insgesamt die Macht und die Bedeutung der Kampfidee ausstrahlen, dadurch, daß jeder Einzelne in den Tagen eines solchen Generalstreiks von dem Streikziele so sehr gepaßt und befehlen ist, daß seine Gedanken und Blicke, sein Schweigen und Sprechen, sein Gehen und Stillstehen nur der Idee gilt, so sehr ausschließlich der Idee gilt, daß sein Alleinsein — ohne Vergnügen, ohne Tätigkeit und ohne gelistete Getränke — ein inbrünstiges Wünschen um Sieg, sein Zusammensetzen zur Masse aber ein Erlebnis — eine Veranstaltung wird, die im Wirbel der Massen und Jüngenden mitternacht, begeistert und der Gegner besiegen muß.

Mehr noch als bei dem durch äußere Erscheinungen schon fühlbaren Generalstreik ist bei jeder Demonstration die innerliche Ergriffenheit, die Befessenheit von der Idee im Ausdruck jedes Einzelnen von ausschlaggebender Bedeutung. Ich sah in den Apriltagen 1920 in München eine stumme Massendemonstration mit einer einzigen großen roten Fahne, ohne Programmatafel, mit schmerzhaftem Schritt, die überwältigend wirkte, weil auf den Gesichtern der Stummstreichenden sichtbar der gemeinsame entschlossene Wille, das Programm und das Ziel zu lesen war. Wir schen es, als hätten alle den gleichen Gesichtsausdruck gehabt. So nur können Demonstrationen wirken.

Und von noch größerer, grundlegender Wichtigkeit ist das gänzliche Durchdringen von der gleichen Idee, das Zusammenschmelzen zu einer Ausdrucksform bei einem Sprechchor, der in feierlichen Stunden Tausenden von Proletariern an Stelle eines armen kirchlichen Lippengebildes eine glühende, revolutionäre Herzensandacht künden will, derselben Masse, die die Aufgabe hat, die feiertäglichen Massen zur Begeisterung zu entflammen und überzeugungsstark zu erhalten.

Ein Schauspielchor kann diese Wirkung Massen gegenüber niemals erzielen, da bei ihm das kunstförmliche berufliche Moment die gleiche Gesinnung und damit das aus eigenem Erleben zur Masse überspringende Gemeinschaftsgefühl ausschaltet. Der antike griechische Chorus stützte auf die Schühöhnen und trug bürge Gesichtsmasken. Er entsprang einer demokratischen religiösen und nationalen Kultur, spreizte sich in einem Theaterstück und ehrte den Dichter.

Der Sprechchor der andbrechenden proletarischen Kultur verzichtet das Theaterstück, die Maske, das Kostüm, das Nationalistische und sagt nicht irgendwelche Dichtungen auf.

Der neue proletarische Sprechchor trägt als Kostüm das Alltagsgewand der proletarischen Zuhörer, unge schminkt und mit dem Gesicht, das Zeit und Emd zum Gemeinut macht. Er will nur solche Dichtungen herauschreien, glühend empordeten und stöcker hinausgeschleichen, die die gesamte proletarische Masse in ihrem Schwersten und Heiligsten bewegen, erschüttern und begeistern.

Der Sprechchor ist eine proletarische Kulturlust. Er will nicht zerstreuen, unterhalten, vergnügen; er will zusammenrassen und zum Nachdenken zwingen. Er will nicht Applaus, sondern Gemeinschaft mit den Zuhörern.

Nun haben wir einen solchen Sprechchor in Berlin, und im Vereine mit unseren Sprechern, unseren Sängern und unseren Musikern schafft er „Feierstunden“ im Großen Schauspielhaus. Laßt dieses vornehmste Gut proletarischer Kultur nicht verkümmern! Kommende Geschlechter aller Nationen werden auch um diesen Beginn beneiden.

Dank den Arbeitern, Arbeiterfrauen und Arbeiterkindern, die auch mit bebender Scheu und mit befehneter Liebe diesen Sprechchor geschenkt haben, mit andächtigen Ohren und dankbaren Herzen. Dank ihnen durch eure Teilnahme an den Feierstunden. Dank ihnen, indem ihr euch anschließt und mit euren Stimmen und euren Seelen den Sprechchor vergrößert. Wie viel schon geschehen ist, hat die herrliche Totenfeier neulich bewiesen. Es war ein Anfang! Kommt, helft, arbeitet mit!

Ludwig Hofmann als Architekt

Von Adolf Behne

Es ist eine kümmerliche und hohle Auffassung von Architektur, die da meint, Architektur bestünde aus schönen Formen, und diese Formen, wenn sie eben schon seien, wären immer schön, gleichviel, ob die Straße so geht oder so, das Grundstück so gezeichnet ist oder so, die Ansprüche auf Hygiene, Helligkeit, Luftstrom usw. streng oder lock gestell sind und dergleichen mehr. Die moderne Architektur ist glücklich über solche dekorative Fassaden-Auffassung hinaus und sieht ihre Aufgabe gerade in der letzten Erfüllung aller sachlichen, menschlichen Ansprüche — nicht aber in mehr oder minder interessanten Formen, in welche die Notwendigkeit eingeleidet zu werden pflegt — und meistens eben auf Kosten der Notwendigkeit! Und sie weiß, daß eine wirkliche Form, frei vom Historischen, Traditionellen, überhaupt nur existieren kann, wenn der Sinn des Architekten auf die Sache und nicht in erster Linie auf die Erscheinung gerichtet ist.

Diese neue Auffassung von Baukunst, die man getrost als eine soziale Auffassung bezeichnen darf, hat noch schwer um ihre Erstgeng zu kämpfen. Es herrscht noch durchaus die alte Auffassung (an allen Technischen Hochschulen und Akademien), die man als die repräsentative bezeichnen kann. Wo sehr

die repräsentative, auf Erscheinung, Wirkung, Kujtreten auf Fassade bedachte Pseudo-Architektur unsere Stadt geschöndert hat, wissen wir alle. Wilhelm II. war der einflussreichste Vertreter dieser Richtung. Die von ihm ins Leben gerufenen Bauten zeigen die dekorative, unsachliche Einstellung in der unangenehmsten Zuspitzung (Dom, Bibliothek, Kaiser-Friedrich-Museum, Nationaldenkmal usw.). Soll nun diese als verderblich erkannte Baukunst weiterhin das Werden unserer Stadt bestimmen? Oder sollte es nicht unsere Pflicht sein, von dieser Art abzurücken und uns zu einer ehrlichen, klaren, phrasenlosen, sachlichen Baukunst zu bekennen, die uns einen ganz neuen Schönheitswert geben wird — einen, der nicht im Widerspruch zum Leben unserer Zeit steht, sondern aus ihm entwickelt ist?

Unser Stadtbaurat Ludwig Hofmann ist der stärkste, und nach Wessels Tod auch der begabteste Vertreter jener dekorativen, repräsentativen Auffassung. Sein Wort hat ohne Frage eine starke autoritative Macht, aber mit Recht nur für jene, die im Banne der alten Auffassung stehen. Der neuen Baukunst (die heillos keine expressionistische ist!), der streng sachlichen Baukunst muß er seinem ganzen Wesen nach fremd gegenüberstehen. Natürlich besteht ein Unterschied zwischen Wilhelm's Selbst-Architekten und Ludwig Hofmann. Dieser ist — außer bei einem schlimmen Entwurf für die neue Hofoper — nie geschmacklos-prohib und brombarsterebend-preuchlich geworden wie jene. Eine gewisse süddeutsche Kultur hat er fast stets als angenehmes Gut bewahrt. Aber im Wesen unterschied er sich von jenen nicht. Es wäre unrecht, zuzugestehen zu wollen, daß Hofmann einer der verständnis- und geschmackvollsten Beherrscher aller Formenprachen ist, aber das Entscheidende ist eben, daß er von den Formen nicht loskommt und daß sie ihn hindern, die Sache zu erschaffen. Hofmann hat z. B. viele Schulen gebaut, und manche wenigstens sind interessante und geistreiche Varianten historischer Stilformen von der Gotik bis zum Barock; aber die so bringend notwendige Schule aus sozialem, modernen Geist hat er nicht geschaffen... so wenig, wie die Schulmänner des alten Regime. Die geschmackvollen Fassaden, die er seinen Schülern vorsetzt, wissen nichts von der Enge, Schmalheit und Luftlosigkeit der Höfe, die eine stumpfsinnige Blockeinteilung erzwingt — sie vermissen sie. Nicht die Sache ist mit leichter Energie angepaßt, wenn notwendig, auch gegen die vom Spekulantentum gewollte und vertretene Blockeinteilung, sondern die gute äußere Erscheinung Mißbill gewährt. Man kann hier von einer typisch liberalen Architekturauffassung sprechen. Und so hat Hofmann, dem die wichtigsten Aufgaben zuhelfen, weder das moderne Museum gebaut, sondern eine lose Zusammenstellung dunkler, romantisch-gotischer Räume, noch die moderne Kunstschule, noch das moderne Verwaltungsgebäude. Sein Rathaus wurde verschwenderrisch, reich, lippig, pompös, ohne die Arbeitsräume sind dunkel. Die Erscheinung der Hofoper war

